

Umbenennung der Mohrenstraße: Mehr Respekt vor der Geschichte von Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin

Offener Brief an die Redaktion der Berliner Zeitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 26.8.16 veröffentlichte Ihre Zeitung den Artikel „Umbenennung der Mohrenstraße: Kein Respekt gegenüber der Geschichte Berlins“ von Maritta Tkalec, Ressortleiterin für Politik und Lokalgeschichte. In diesem Text werden die mehr als 200 überwiegend Schwarzen und afrikanischen Teilnehmenden des 3. Umbenennungsfestes für die Berliner „Mohrenstraße“ am Internationalen Tag zur Erinnerung an den Sklavenhandel und an seine Abschaffung (23.8.) als undemokratische „Bilderstürmer der Neuzeit“ tituliert. Die Autorin behauptet, dass es sich bei deren Forderung nach Änderung des Straßennamens mit der diskriminierenden Fremdbezeichnung für Schwarze und afrikanische Menschen um eines der „häufig ins Abstruse gesteigerten Ansinnen“ von „winzigen Minderheiten“ handele.

Nicht genug damit vergleicht Frau Tkalec die friedlich Feiernden, darunter zahlreiche Familien mit Kindern, mit „muslimischen Wüterichen“ und den Terroristen des IS, die „unter Berufung auf die politische Korrektheit und unter Betonung ihres Status als Diskriminierte und Beleidigte, Worte, Symbole, Kunstwerke“, die „Zeugnisse älterer – fremder – Kulturen“ „tilgen“ und „ausrotten“ wollen. Sie wirft den erinnerungspolitisch Engagierten „Respektlosigkeit gegenüber der 300 jährigen Stadtgeschichte“ vor und beschneidet ihnen, „geschichtsverfälschenden Unsinn“ zu verbreiten.

Als initiierende Verbände und Organisationen der u.a. von der Bundesregierung und vom Berliner Senat geförderten Gedenk- und Bildungsveranstaltung, die unter Beteiligung von Bundestagsmitgliedern im Rahmen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft stattfand, protestieren wir entschieden gegen diese unglaubliche Diffamierung der Teilnehmenden. Von Frau Tkalec erwarten wir eine öffentliche Bitte um Entschuldigung für ihre verantwortungslosen verbalen Entgleisungen, die einer professionellen Journalistin unwürdig sind. Zudem fordern wir Ihre Zeitung zum Abdruck dieses Offenen Briefes auf, in dem wir den zahlreichen Falschaussagen Ihrer Autorin entgegentreten.

1706, als der von uns kritisierte Straßename vergeben wurde, war der preußische König Friedrich I. offizieller Herrscher über die 1683 im Auftrag des „Großen“ Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg errichtete Handelskolonie „Groß Friedrichsburg“ (heute Princes Town, Ghana) und ihrer afrikanischen Bewohner_innen. Konfrontiert mit den Kanonenbooten der brandenburgischen Flotte und den Angriffen durch ihre Nachbarn, die von den Holländern unterstützt wurden, hatten sich deren Fürsten unter den „Schutz“ der Hohenzollern gestellt. 1684 war einer ihrer Vertreter sogar nach Berlin gereist, um sich dem Kurfürsten offiziell zu unterwerfen.

Es ist wenig wahrscheinlich und nirgendwo belegt, dass sich der erst zwei Jahrzehnte nach dieser Reise vergebene Straßename auf die Bevölkerung von Groß Friedrichsburg bezog, die zu dieser Zeit nur noch auf dem Papier unter

preußischer Herrschaft stand. Belegt ist hingegen, was in Berlins Schulbüchern bis heute verschwiegen wird: dass die brandenburgischen Kurfürsten die Kolonialfestung bis zum Ende des 17. Jahrhunderts nutzten, um sich an einem der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu beteiligen. Dabei wurden von ihnen innerhalb weniger Jahre fast 20,000 afrikanische Kinder, Frauen und Männer zwangsverschifft und in die amerikanische Plantagenklaverei verkauft.

Ebenfalls nachgewiesen ist, dass Kurfürst Friedrich Wilhelm schon seine ersten nach Afrika entsandten Schiffe zu Beginn der 1680er Jahre beauftragte, neben exotischen Tieren minderjährige Afrikaner nach Brandenburg zu verschleppen. Getauft und mit neuen christlichen Namen versehen sollten diese zu repräsentativen „Hof- und Kammermohren“ gemacht werden. Sie hatten vor allem der weitläufigen kurfürstlich-königlichen Familie zu dienen, deren Paläste in der in dieser Zeit entstehenden Friedrich- und Dorotheenstadt errichtet wurden. In Ausnahmefällen war es ihnen sogar möglich, hier in Berlin Familien zu gründen. Auf dem berühmten Gemälde „Tabakskollegium Friedrichs I. in Preußen“ von Leygebe aus den Jahren 1709/10, das heute im Schloss Charlottenburg zu besichtigen ist und kurz nach der Benennung der M*straße entstand, sind gleich drei dieser ersten Schwarzen Berliner zu sehen.

Da unfreie Menschen aus Afrika und ihre in Berlin geborenen Kinder zur Zeit der Straßenbenennung um 1700 bereits zum Alltag der Residenzstadt gehörten, kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Straße nach ihnen benannt wurde. Doch selbst wenn sich der Straßename auf die Bevölkerung von Groß Friedrichsburg bezogen haben sollte, „ehrte“ man damit keineswegs freie afrikanische „Partner“. Vielmehr glorifizierte man damit die Herrschaft Preußens kolonialen Untertanen in Afrika.

Angesichts des hier skizzierten historischen Kontextes sollte auch Frau Tkalec deutlich werden, warum wir anders als sie keine „Freude an dem Straßennamen“ finden können. Denn für uns verbindet sich mit der ältesten deutschen Fremdbezeichnung für Menschen afrikanischer Herkunft die Erinnerung an ihre jahrhundertelange Unterwerfung, Diskriminierung und systematische Versklavung durch weiße Europäer_innen. Auch die meisten weißen Deutschen assoziieren mit der Bezeichnung ein abwertendes Menschenbild, wie es sich nicht zuletzt im kolonialrassistischen Stereotyp des kindlich-dienstbereiten Sarotti-M. niedergeschlagen hat.

Gemeinsam mit Amnesty International werden wir unseren Protest gegen den entwürdigenden Straßennamen daher so lange weiterführen, bis er durch den Namen einer Schwarzen bzw. afrikanischen Persönlichkeit, die sich gegen Kolonialismus und Rassismus zur Wehr gesetzt hat, ausgetauscht worden ist. Informationstafeln im öffentlichen Raum oder im U-Bahnhof – das fordern wir seit langem – sollen dann den alten Straßennamen, seinen historischen Kontext, die Gründe für seine Änderung und den neuen Namen ausführlich erklären.

Wir zählen bei diesem Vorhaben nicht nur auf Piraten, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch auf die Berliner SPD. Diese hat sich bereits auf ihrem letzten Landesparteitag für eine Umbenennung der Straße ausgesprochen, die mit unserem „heutigen Demokratieverständnis“ in der Tat nicht zu vereinbaren ist. Es ist an der Zeit, dass sich Berlin selbstkritisch mit seiner kolonialen Geschichte

auseinandersetzt und auch im öffentlichen Raum klare Zeichen gegen den Rassismus von gestern und heute setzt.

Auch Berlins Journalist_innen sollten sich ihrer großen Verantwortung gegenüber dem Schutz von Minderheiten bewusst sein, die bis heute für die Wahrung ihrer demokratischen Grundrechte kämpfen müssen. Dazu gehört ohne Zweifel auch das Recht auf erinnerungspolitische Mitsprache und öffentliche Kritik an Straßennamen, zumal wenn sie Menschen afrikanischer Herkunft bezeichnen. Wer im Zusammenhang mit einer lokalen Straßenumbenennung durch aberwitzige Vergleiche kulturelle Bedrohungsszenarien entwirft, bestärkt militante Rassisten in ihrer Bereitschaft zur physischen und symbolischen Gewalt. Zwei von diesen wurden am Rande unseres sonnigen Festes verhaftet, nachdem sie die kleinen und großen Besucher_innen mit dem Hitlergruß empfangen hatten.

Berlin, 30.08.2016

Die Initiatoren des 3. Festes zur Umbenennung der Berliner M*straße:

AfricAvenir International

Afrika-Rat, Dachverband afrikanischer Vereine und Initiativen Berlin-Brandenburg

Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag – Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Vereine in Berlin (BER)

Berlin Postkolonial

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)

Themengruppe Antirassismus Amnesty International

Zentralrat der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland

Kontakt:

Tahir Della, 015254217327, tahirdella@isdonline.de

Christian Kopp, 01799 100 976, buero@berlin-postkolonial.de